

Chancen für eine Verlängerung nehmen zu

Diskussion um Kyoto-Protokoll

VON UNSEREM MITARBEITER
CHRISTIAN MIHATSCH

BANGKOK. Eigentlich wollte die Welt bei der Klimakonferenz in Bangkok über Lösungen für die Klimakrise verhandeln. Doch dann haben die Länder eine Woche über die Themensetzung diskutiert.

Anlass des Streits bei den Klimaverhandlungen in Bangkok waren unterschiedliche Vorstellungen darüber, was dieses Jahr verhandelt werden soll. Die USA und Australien wollten sich darauf konzentrieren, das Abkommen von der Klimakonferenz in Cancún umzusetzen. Anders die Entwicklungsländer: Diese wollten vor allem die Punkte diskutieren, die in Cancún zu kurz gekommen waren. Die Einigung sieht nun vor, dass man beides tut: Zum einen werden die in Cancún beschlossenen Institutionen wie der Klimafonds organisiert. Er soll den von der Erderwärmung besonders betroffenen Regionen helfen. Zum anderen wird man auch über Themen wie die Besteuerung von Flugbenzin diskutieren. In Cancún war eine Einigung dazu nicht möglich.

„Dies als Diskussion über die Themensetzung zu bezeichnen, erweckt einen falschen Eindruck. Eigentlich geht es darum, was wir bei der Klimakonferenz in Durban im Dezember dieses Jahres erreichen wollen,“ sagt Christiana Figueres, die Chefin der UN-Klimaverhandlungen. Besondere Bedeutung hat dabei die Frage, was mit dem Kyoto-Protokoll passiert, das Ende 2012 ausläuft. Es legt Zielwerte für den Ausstoß von Treibhausgasen fest. Einige Länder wie Kanada und Russland haben bereits angekündigt, dass sie bei einer Verlängerung nicht dabei sein werden. Die USA sind dem Protokoll nie beigetreten. Für die Entwicklungsländer hat das Protokoll aber große Bedeutung, da es das bislang einzige verbindliche Klimaabkommen der Welt ist. So stand die Haltung der EU zu Kyoto in Bangkok im Mittelpunkt. „Ich glaube wir haben zeigen können, dass es uns ernst ist mit der Verlängerung des Kyoto-Protokolls – vorausgesetzt unseren Bedingungen wird Rechnung getragen“, sagt ein europäischer Diplomat.

Dies eröffnet die Möglichkeit einer Allianz zwischen der EU, der Schweiz, Norwegen, Australien, Neuseeland und den Entwicklungsländern. Zusammen haben diese genug Stimmen, um eine Verlängerung des Protokolls zu verabschieden.